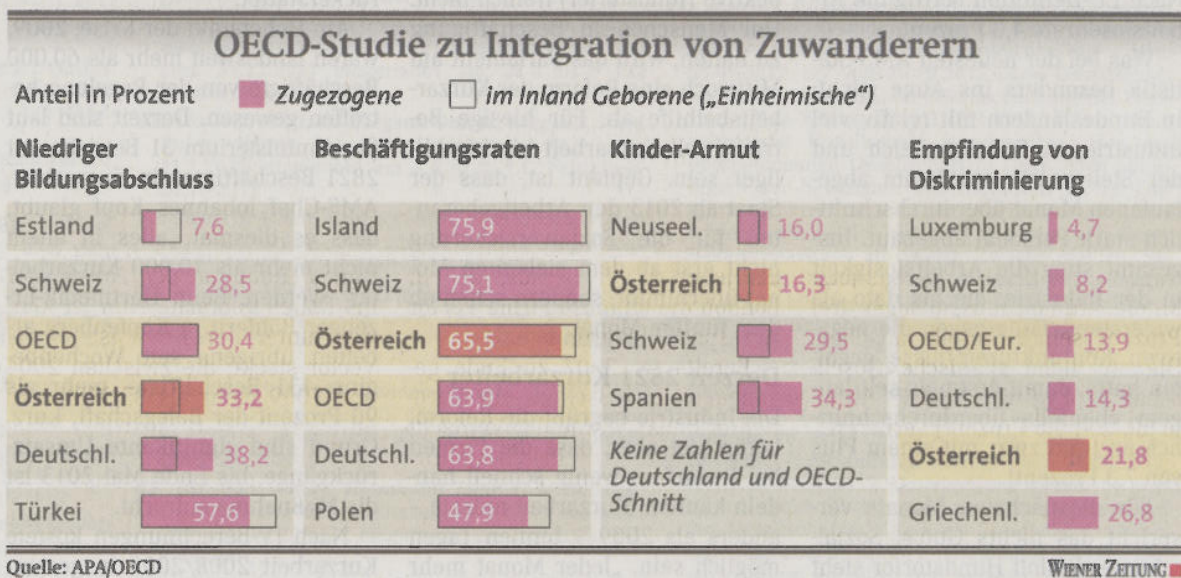


die Einrichtung einer Betreuung respektive beschränkten Ganztagsbetriebs die Voraussetzung sind. Bei 15 Anmeldungen Nachmittagsbetreuung altern ein Recht darauf. Beschränkte Form ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit von Eltern und Lehrern nötig. Ebenfalls wichtig, „bei gängigen Schulformen“, sagte auch Schleicher, dass die verschränkte Ganztagsbetreuung ein Grundpfeiler bei Theatralität sei. weiß eine OECD-Studie über die Integration von Zuwanderern. Dabei hätten EU-Staaten in den vergangenen Jahren Fortschritte gemacht. Unter dem Titel „Integration von Zuwanderern“ werden die Bereiche Bildung, Gesundheit, Einkommens- und

mit der Bildung verbunden. Die Beschäftigungsraten für Migranten sind im vergangenen Jahrzehnt in fast allen OECD-Ländern gestiegen. Nachteile haben Zuwanderer in Österreich bei Wohnungen, sie sind auch stärker arbeitsgefährdet als Österreicher. ■



Der Erfinder der Pisa-Studie, OECD-Bildungsexperte Andreas Schleicher, und Unterrichtsministerin Claudia Schmied. Foto: apa/Fohringer



Wiener Zeitung 4.12.2012

Tätersuche

lung den.“

Ansichten. Kritik übte an, dass Pädagogen an Schulen, die Lehrer aus mehr in den Klassen seien. Er könne ja auch nicht Kollegen schulen, nicht regelmäßig mit Patientenkontakt sei. Das Klassen für Ausbildung in der Ort, um Erfahrungen und die Veränderung über die Jahre mitverfolgen. Koenne konnte nichts abgewinnen.

nicht zeitgemäß

heute anders sind als erstrich die Bildungsziele Schüler bringen je unterschiedliches Vorwissen Klasse mit. Dazu kommt Wissen ständig steilwärtigen demers gelernt werden. Sowohl den Lehrern als auch den Schulleitern müssten mehr Freiheiten zugesprochen werden. Nur so würde es den Pädagogen wieder leichter fallen, sich zu engagieren, statt Dienst nach Vorschrift zu machen. ■

im System aktiv vorantreiben.

Hannes Androsch verwies vor allem auf das Talentpotenzial, das es bei Schülern zu heben gelte. Dies sei ein wirksames Mittel für die Gesellschaft, um ein Aufstreben aus allen Bürgerschichten zu ermöglichen. Einmal mehr prangerte er an, dass Österreich beim Pisa-Test sichtbar hinterherhinke.

Einig waren sich die Diskutanten darüber, dass Gelder aus der Erwachsenenbildung in den Kindergarten und die Schule verlagert werden sollten - auch aufgrund der Tatsache, dass gerade in den ersten Lebensjahren das Gehirn für mehr Lerninhalte bereit sei, wie Spitzer betonte. Zudem müssten Kinder auf ein flexibleres Leben vorbereitet werden, in dem es Zeiten von Arbeitslosigkeit und Umorientierung geben kann.

Klar war auch, dass der heutige Unterricht hinsichtlich wissenschaftlicher Erkenntnisse nicht mehr zeitgemäß sei. Schule müsse offener und projektorientierter werden. Sowohl den Lehrern als auch den Schulleitern müssten mehr Freiheiten zugesprochen werden. Nur so würde es den Pädagogen wieder leichter fallen, sich zu engagieren, statt Dienst nach Vorschrift zu machen. ■

Seltsamer Streit um ÖVP-nahen Verein

■ „Nova Europa“ will Europäische Republik – Gerstl und Mandl treten aus.

Wien. (zaw) Es ist ein seltsam anmutender Streit, den BZÖ-Chef Josef Bucher per Aussendung ausgelöst hat: Ein ÖVP-naher Verein wolle die Abschaffung der Republik, so Bucher, der Leopold Figl schon „im Grab rotieren“ sieht.

Dass sich die „Krone“ am Wochenende auf das Thema ganzseitig draufgesetzt hat, blieb nicht ohne Folgen: ÖVP-Verfassungssprecher Wolfgang Gerstl und Lukas Mandl, bei den Schwarzen für Personalentwicklung zuständig, erklärten noch am Sonntag ihren Austritt aus dem Verein „Nova Europa“. In einem offenen Brief erklären sie ihren Schritt damit, dass ihre Meinungen „von jenen der Mehrheit im Verein abweichen“, etwa was die Idee einer „Republik Europa“ angeht. „Als wir Eurem Verein beigetreten sind, waren dessen Inhalte andere als heute“, so Gerstl und Mandl an ihre bisherigen Vereinskameraden, darunter die Ex-ÖVP-Chefs Josef Riegler und Josef Taus und andere (frühere) ÖVP-Prominenz

wie Werner Fasslabend, Heinrich Neisser und Ingrid Korosec.

An der „ökologisch-sozialmarktwirtschaftlichen und antineoliberalen Ausrichtung des Vereins“ habe sich nichts geändert, so Riegler und Neisser in einer Aussendung, in der sie Buchers Vorwurf des „Verrats an unserer Heimat“ empört zurückweisen.

Arnold Kammel, Generalsekretär des Vereins, verteidigt im Gespräch mit der „Wiener Zeitung“ die Idee einer Republik Europa: Ein Bundesstaat - dem übrigens auch die Benelux-Monarchien, nicht aber Großbritannien angehören sollen - sei eher in der Lage, mit den sich stellenden Problemen zurecht zu kommen, als ein Staatenbund. Allzu große Nähe zur ÖVP sieht übrigens nicht: „Abgesehen von ein paar prominenten ÖVPlern“ sei man inhaltlich nicht sehr ÖVP-nah. Was Ganztagschulen, die säkulare Ausrichtung oder die Stellung der Frau angehe, „da sind wir sogar eher links“, sagt Kammel. ■